Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Hexenjagd auf Gerhard Schröder muss aufhören
2. Scholz, der Krieg und die Kampagne gegen Deutschland
3. Wir brauchen eine echte Debatte über den Ukraine-Krieg
4. Kriegspartei alarmiert
5. Russland und Türkei: «Völkerrecht wird nach Belieben angewandt»
6. Mit Doppelstandards in den nächsten Weltkrieg
7. Angeblich eine „überwältigende Mehrheit“ gegen Russland auf der Generalversammlung
8. Ernährungskrise: Nein, die Ukraine ist nicht die Kornkammer Europas
9. Ticketfreier ÖPNV – wann?
10. Pandemie: Depressionen und Essstörungen bei Jugendlichen steigen weiter an
11. Kekulé: Stiko-Empfehlung für Kinder-Impfung nicht nachvollziehbar
12. Gesundheitswesen auf dem Rücken von Migrant*innen
13. Regierung in Israel erodiert: An Besatzungspolitik scheiden sich die Geister
14. Zu guter Letzt: „Ich verteidige den Pazifismus – notfalls mit der Waffe in der Hand“

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Hexenjagd auf Gerhard Schröder muss aufhören**
   Meinung Vom hochmoralischen Deutschen Fußball-Bund bis hin zu VW-Aufsichtsrat Stephan Weil: Der Umgang mit Altkanzler Gerhard Schröder wegen seiner Moskau-Kontakte zeigt, dass wir in die hysterischste Phase des Kalten Krieges zurückfallen
   Er habe „immer deutsche Interessen vertreten“, sagte Gerhard Schröder kürzlich der New York Times. An anderer Stelle betonte er, sein Ziel sei gewesen, den wachsenden

Energiehunger der deutschen und europäischen Wirtschaft zu stillen. Die Rohstoffe dafür lägen in Russland. Deshalb sollten wir seine Jobs in russischen Unternehmen gefälligst für so selbstverständlich halten wie Mandate anderer Ex-Politiker in amerikanischen Firmen. Ein souveränes Land dürfe sich nicht von außen aufnötigen lassen, was es zu tun oder zu lassen habe. Oder, wie Schröder es ausdrückte, als ihn eifernde Journalisten mal wieder auf Linie bringen wollten: „Das ist mein Leben, nicht eures!“ Schröder weicht nicht aus, er druckst nicht herum, sondern macht „klare Ansagen“. Wer das für stur oder unzeitgemäß hält, dem sagt er: „Dann bin ich eben aus der Zeit gefallen.“ Basta.
Ja, er ist aus der Zeit gefallen. Aber wir sind es leider auch. Denn die Hexenjagd, die gegen den „starrsinnigen“ Altkanzler läuft, weil er sich nicht leidenschaftlich genug vom „Reich des Bösen“ distanziert, ist ein untrügliches Zeichen für den Rückfall in die wohl hysterischste Phase des Kalten Krieges.
Quelle: Wolfgang Michal in der Freitag

2. **Scholz, der Krieg und die Kampagne gegen Deutschland**
Bundeskanzler Olaf Scholz glaubt, dass Kremlchef Wladimir Putin den Krieg in der Ukraine nicht gewinnen wird. Doch was, wenn auch die Ukraine nicht gewinnt? Ist dann Deutschland schuld? […]
Selenskyj und seine medialen Hilfstruppen bezichtigen vor allem Deutschland, zu wenig und zu zögerlich Waffen zu liefern. Damit stricken sie an einer Dolchstoßlegende, derzufolge Scholz und die SPD Schuld sein sollen, wenn es am Ende schief geht und Selenskyj seine Ziele nicht erreicht.
Mit seiner Rede in Davos hat Scholz nun versucht, gegenzusteuern. „Auf Deutschland ist Verlass”, erklärte er. Einen “Diktatfrieden” werde die Bundesregierung nicht akzeptieren. Doch schon die ersten Reaktionen lassen erkennen, dass das nicht reicht. Die Kampagne gegen Deutschland geht weiter.
Scholz ist daran nicht ganz unschuldig – denn er tritt viel zu defensiv auf. Er müsste die Kritik aus Kiew offensiv zurückweisen und auf ein schnelles Ende des Krieges drängen. Zudem wäre es höchste Zeit, den deutschen, europäischen und amerikanischen Einsatz ins richtige Verhältis zu setzen.

> Ob die Ukraine überlebt, hängt nicht von ein paar Panzern aus Deutschland ab. Nur die USA, die gerade 40 Milliarden Dollar für Kiew locker gemacht haben, können die Ukraine mit dem Nötigen versorgen.
> – Stefan Reinecke in der taz

Seit dem Gipfel in Ramstein haben die USA den Krieg gegen Russland zu ihrem Krieg

gemacht. Mit 40 Mrd. Dollar, rund 40 Alliierten und dem “Lend-Lease-Programm” organisieren sie die Bewaffung der Ukraine, mit Geheimdienst-Informationen steuern sie die großen Schlachten.
Auf einen Panzer made in Germany mehr oder weniger kommt es vor diesem Hintergrund schon längst nicht mehr an. Auf den militärischen Beitrag der meisten anderen EU-Länder übrigens auch nicht. Doch das mag in Berlin niemand aussprechen, auch bei der Nato in Brüssel ist es tabu…
Quelle: Lost in Europe

dazu auch: **Germany’s zigzags on Ukraine policy spark criticism**
Berlin agrees to send heavy weapons to Ukraine, take hard line against Russia, but experts warn of dangerous escalation
The German government is coming under increasing criticism for the zigzags in its Ukraine policy.
Chancellor Olaf Scholz’s coalition government had long pursued a cautious policy toward Moscow and remained reluctant to block the Nord Stream 2 gas pipeline, despite repeated calls from the US and NATO’s eastern members to take a harsher stance with Russia.
But Berlin began to change its policy after Russia’s launch of a military attack against Ukraine in February, imposing heavy economic sanctions against Russia and agreeing to send heavy weapons to Ukraine following pressure from the US.
For some experts, the government’s foreign policy zigzags and its moves to meet US demands over Ukraine risk a dangerous escalation with Russia and are likely to create more instability in the region.
According to Willy Wimmer, a former German conservative lawmaker, the US has adopted a new foreign policy under President Joe Biden, started to fight political rivals like Russia and China and also increased pressure on the German government to accept its demands.
Quelle: Anadolu Agency

3. **Wir brauchen eine echte Debatte über den Ukraine-Krieg**
   Es ist an der Zeit, die etablierte Sicht auf den Krieg in der Ukraine zu hinterfragen. Ein Kommentar
   Je länger der Krieg in der Ukraine andauert, desto größer ist das Risiko eines nuklearen Unfalls oder Zwischenfalls. Und angesichts der Strategie der Regierung von US-Präsident Joe Biden, Russland durch umfangreiche Waffenlieferungen – darunter auch Anti-Schiffs-Raketen – zu “schwächen”, und der Enthüllungen über die Unterstützung der Ukraine durch die US-Geheimdienste ist klar, dass sich die

Vereinigten Staaten und die Nato in einem Stellvertreterkrieg mit Russland befinden. Sollten die Auswirkungen, die Gefahren und die vielfältigen Kosten dieses Stellvertreterkriegs nicht ein zentrales Thema der Medienberichterstattung sein – ebenso wie eine fundierte Analyse, Diskussion und Debatte?
Doch was wir in den Medien und im politischen Establishment erleben, ist größtenteils eine einseitige, ja nicht einmal existierende öffentliche Diskussion und Debatte. Es ist, als lebten wir in einer "intellektuellen Flugverbotszone", wie der Journalist Matt Taibbi es genannt hat.
Diejenigen, die von der etablierten Linie in Bezug auf die Ukraine abweichen, werden regelmäßig von den großen Medienkonzernen ausgeschlossen oder an den Rand gedrängt – auf jeden Fall werden sie selten wahrgenommen.
Das Ergebnis ist, dass alternative und gegensätzliche Ansichten und Stimmen nicht zu existieren scheinen. Wäre es nicht gut, wenn es mehr Vielfalt bei den Ansichten, der Geschichte und dem Kontext gäbe, statt sich dem Zwang hinzugeben, etablierte Haltungen voreingenommen weiter zu bestätigen?
Quelle: Telepolis

4. **Kriegspartei alarmiert**
   Selenskij: Keine Zugeständnisse an Moskau. Durchhalteparole von Baerbock
   Der ukrainische Präsident Wolodimir Selenskij hat den Westen in scharfem Ton vor möglichen Zugeständnissen an Russland gewarnt. In seiner allnächtlichen Videoansprache sagte er am Mittwoch abend, es gebe im Westen offenbar viele Politiker und Kommentatoren, die bereit seien, ukrainisches Gebiet für einen faulen Frieden einzutauschen. Selenskij kritisierte insbesondere den – inzwischen 99 Jahre alten – ehemaligen US-Außenminister Henry Kissinger als senil: Er sitze geistig nicht 2022 in Davos, sondern 1938 in München. Damals hatten Großbritannien und Frankreich die Tschechoslowakei gedrängt, das Sudetenland an Deutschland abzutreten. So sei es auch heute, sagte Selenskij. Egal, was Russland tue, es finde sich immer jemand, der dazu aufrufe, Moskauer Interessen zu berücksichtigen. Das werde die Ukraine nie akzeptieren. Ähnlich hatte sich am Mittwoch Bundesaußenministerin Annalena Baerbock geäußert und vor einer wachsenden »Kriegsmüdigkeit« im Westen gewarnt. Die Belastungen des Krieges müssten jedoch »durchgehalten« werden, sagte Baerbock im schwedischen Kristiansand.
   Quelle: junge Welt
5. **Russland und Türkei: «Völkerrecht wird nach Belieben angewandt»**
   «Was nicht der westlichen Vormacht dient, wird ignoriert», erklärt der Völkerrechtler und frühere UN-Mandatsträger Alfred de Zayas.
   Der Aggressionskrieg von Putin-Russland gegen die Ukraine verletzt krass das Völkerrecht. Für harte Sanktionen und auch für Waffenlieferungen zur

Selbstverteidigung gibt es also gute Gründe.
Der US-Völkerrechtler und langjährige Experte des UN-Menschenrechtsrats Alfred de Zayas kritisiert jedoch, dass Sanktionen nur erlassen und Hilfe zur Selbstverteidigung nur gewährt werden, «wenn es der westlichen Vormacht dient». Die neusten Beispiele seien der Angriffskrieg der Türkei gegen Kurdengebiete im Irak, die türkische Eroberung und Besetzung eines grossen Grenzgebiets in Nordsyrien sowie der Krieg in Jemen. In einem Interview mit «Zeitgeschehen im Fokus» nahm Zayas Stellung zum Angriff der Türkei gegen den Norden des Iraks und zum Krieg in Jemen. De Zayas ist auch Mitglied von Amnesty International und gilt als radikaler Verfechter des Völkerrechts und Verteidiger der Rechte von Minderheiten.
Quelle: Infosperber

6. **Mit Doppelstandards in den nächsten Weltkrieg**
   Debatte um den Ukraine-Krieg unterliegt erheblichen Zwängen und wird moralisch beschränkt. Die wirklichen Themen kommen nicht zur Sprache. Ein Kommentar
   Wer ist schuld am Krieg in der Ukraine?
   Die Antwort ist nicht so einfach, wie uns oft glauben gemacht wird. Die Frage, wer einen Streit verursacht hat, begleitet uns vom Sandkasten bis ins Altersheim. Erfahrene Streitschlichter wissen, dass nicht unbedingt derjenige der eigentliche Aggressor ist, der zuerst zur Gewalt gegriffen hat. (Mit-)schuld kann auch der sein, der durch sein Verhalten den anderen zur Gewalttat provoziert hat. Leider hilft diese Erkenntnis nicht, um im aktuellen Streitfall die Schuldfrage eindeutig zu klären. Hilfreich ist ein Regelwerk, das beide Konfliktparteien als Richtschnur anerkennen, etwa deshalb, weil sie sich vor Beginn des Streits darauf verständigt haben. Ein solches verbindliches Regelwerk gibt es zwischen den Staaten. Die Gemeinschaft der Völker hat es 1945 angesichts der zivilisatorischen Katastrophen zweier Weltkriege erarbeitet und verabschiedet:
   Dieses Vertragswerk formuliert fundamentale Regeln, die zwischen den Völkern der Welt gelten. Solange es nichts Besseres gibt, tun wir gut daran, uns daran zu halten.
   Quelle: Telepolis
7. **Angeblich eine „überwältigende Mehrheit“ gegen Russland auf der Generalversammlung**
   Der Westen muss feststellen, dass seine „wiedergefundene Einheit mit seiner relativen Isolierung einhergeht“ […]
   Auf einer dreitägigen Sondersitzung der UN-Generalversammlung vom 28. Februar bis 2. März 2022 wurde eine Resolution verabschiedet, die sich ausschließlich gegen Russland richtet. Über die langen Debatten auf diesen sechs UN-Versammlungen berichteten die Medien nichts. Anhand eigener Übersetzungen von zusammenfassenden UN-Protokollen wollen wir wichtige Statements der

Ländervertreter dokumentieren und besprechen. Das Abstimmungsergebnis wurde frenetisch gefeiert als eine „überwältigende Mehrheit“ von 141 Staaten. Dabei repräsentieren die Länder, die dagegen gestimmt haben, die sich enthalten haben oder nicht an der Abstimmung teilgenommen haben – also die Staaten, die einer Verurteilung Russlands in dieser aggressiven Form auf der UNO-Generalversammlung nicht zustimmen wollten – 60 Prozent der Menschheit. Man sollte wissen, dass auf der Generalversammlung deutlicher Widerstand aus Lateinamerika, Afrika und Asien (ASEAN) zum Ausdruck kam, was Kommentatoren zur Einschätzung veranlasste: Der Westen muss feststellen, dass seine „wiedergefundene Einheit mit seiner relativen Isolierung einhergeht“. Der Resolution vom 2. März gingen andere wichtige Resolutionen voraus, auf die auch in der Resolution selbst hingewiesen wird, und die UN-Sondersitzung wurde Mitte März und Anfang April fortgesetzt. Hier gab es zuletzt keine faktische Mehrheit mehr für den Westen.
Quelle: Forum solidarisches und friedliches Augsburg

8. **Ernährungskrise: Nein, die Ukraine ist nicht die Kornkammer Europas**
   Droht eine neue Ernährungskrise, weil Russland die “Kornkammer Europas” blockiert? Dieses Narrativ wird von der EU in Brüssel verbreitet, auch in Deutschland ist es populär. Doch ein Faktencheck ergibt andere Ergebnisse. […]
   Doch das eigentliche Problem ist nicht die Menge. Das Problem ist, dass Weizen gehortet wird und Exportverbote wie in Indien, Bulgarien und anderen Ländern die Preise treiben. Auch Russland hat bis Ende Juni einen Exportstopp verhängt.
   Und dann sind da noch die westlichen Sanktionen.
   Sie führen dazu, dass Exporte erschwert werden. Zudem haben sich Düngemittel und Energie extrem verteuert – wegen der EU-Sanktionen gegen Kalihersteller in Belarus und Russland, aber auch wegen des angekündigten Energieembargos.
   Auch dies treibt die Preise für Lebensmittel.
   Die EU tut jedoch so, als sei einzig und allein Kremlchef Putin schuld – mit seinem “Korn-Krieg” wolle er die ganze Welt treffen. Dieses Narrativ führt nun sogar zu Überlegungen, die russische Blockade im Schwarzen Meer militärisch zu brechen.
   Es wäre die nächste Eskalation…
   Quelle: Lost in Europe
9. **Ticketfreier ÖPNV – wann?**
   Das 9-Euro-Ticket kommt gut an. Die Ticketkäufer haben die Server der Deutschen Bahn an ihre Grenzen gebracht. Vom 1. Juni bis zum 31. August kommt man mit dem 9-Euro-Ticket durch ganz Deutschland – per Bus und Regionalbahn wohlgemerkt. Die Verkehrsbetriebe fürchten Überlastung. Das Problem: Ticket fällt zwar in die Ferienzeit, in der vergleichsweise weniger Menschen Bus und Bahn fahren, aber leider auch in die Zeit, in die viele Bauarbeiten gelegt werden. Schlechtes Timing! Der

Anfangseuphorie droht also Fahrgastfrust zu folgen. Verkehrsminister Wissing wollte deshalb auch vermeiden, dass die Tickets bundesweit gelten. Er schlug vor, die Tickets auf den regionalen Verkehrsverbund zu begrenzen. Die Länder haben sich im Bundesrat aber dagegen ausgesprochen und Wissing letztlich umgestimmt. Unabhängig von den drohenden Problemen stellt sich aber eine Frage. Wenn die Inflation so schmerzt und wir eigentlich schnellstmöglich das Klima schützen wollen, warum nur ein dreimonatiges 9-Euro-Ticket? Warum nicht 0 Euro? Warum kein ticketfreier ÖPNV? Warum nicht für immer?
Quelle: Maurice Höfgen

dazu: **Mobilitätswende: 9-Euro-Ticket darf nur der Anfang sein**
Das bundesweit geltende 9-Euro-Ticket ist preiswert und ökologisch sinnvoll. Seine Wirkung wird durch die kurze Dauer aber begrenzt sein. Für eine nachhaltige Mobilitätswende sind deshalb weitere Anstrengungen notwendig. Das #schlaglicht 19/2022 aus Niedersachsen fordert dauerhafte Umwelttickets, Investitionen in die Infrastruktur des ÖPNV und mehr Personal.
Quelle: DGB Niedersachsen #schlaglicht

10. **Pandemie: Depressionen und Essstörungen bei Jugendlichen steigen weiter an**
Die Pandemie hat massive Folgen für die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland. Im Jahr 2021 stiegen Depressionen und Essstörungen bei Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 17 Jahren weiter an. Mädchen wurden mit psychischen Erkrankungen deutlich häufiger stationär behandelt als Jungen. Im Grundschulalter zeigte sich eine spürbare Steigerung von Störungen sozialer Funktionen und eine Zunahme von Entwicklungsstörungen. Das ist das Ergebnis der Analyse aktueller Krankenhausdaten der DAK-Gesundheit für den Kinder- und Jugendreport 2022. DAK-Vorstandschef Andreas Storm und der Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte fordern angesichts der dramatischen Entwicklung ein schnelles Handeln der Politik. Für den Report untersuchten Wissenschaftler von Vandage und der Universität Bielefeld anonymisierte Abrechnungsdaten von rund 800.000 Kindern und Jugendlichen im Alter bis 17 Jahren, die bei der DAK-Gesundheit versichert sind. Analysiert wurden die Jahre 2019 bis 2021. Die Daten zeigen, dass vor allem Mädchen im späten Teenageralter massiv unter den Auswirkungen der Pandemie leiden. So wurden Mädchen im Alter zwischen 15 und 17 Jahren über 32-mal so häufig wegen Essstörungen stationär behandelt wie Jungen, ein Trend, welcher sich während der Pandemie verschärft hat. Der Anteil junger Patientinnen mit Essstörungen stieg 2021 um 25 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Zudem kamen sie fünfmal öfter wegen Depressionen, dreimal häufiger wegen Angststörungen und 2,5-mal öfter aufgrund von

emotionalen Störungen in deutsche Kliniken.
Quelle: DAK Gesundheit

11. **Kekulé: Stiko-Empfehlung für Kinder-Impfung nicht nachvollziehbar**
Der Virologe Alexander Kekulé hat die Empfehlung der Ständigen Impfkommission, auch Fünf- bis Elfjährige einer Covid-Impfung auszusetzen, für nicht nachvollziehbar erklärt. Durch Omikron gebe es kaum schwere Erkrankungen und auch eine Übertragung des Virus werde durch die Impfung nicht verhindert.
Quelle: mdr
12. **Gesundheitswesen auf dem Rücken von Migrant*innen**
Im Jahresgutachten 2022 hat der Sachverständigenrat für Integration und Migration (SVR) den Beitrag von Migrant*innen zum deutschen Gesundheitssystem untersucht. Das Gutachten zeigt: Migrant*innen leisten sehr viel im Gesundheitssystem. Sie werden als Chance angesehen, die Lasten des Gesundheitswesens zu tragen. Vor allem in Pflegeberufen aber, in denen zahlreiche Migrant*innen tätig sind, sind sie überlastet und werden ausgebeutet.
Als Patientinnen und Patienten begegnen ihnen häufiger Hürden als Menschen ohne Migrationsgeschichte. Das SVR-Jahresgutachten verdeutlicht, dass es großen Nachholbedarf gibt, um Chancengleichheit bei der Gesundheitsversorgung zu gewährleisten: Sprachbarrieren und eine fehlende kulturelle Sensibilität der Gesundheitsdienste haben zur Folge, dass zahlreiche Menschen nicht chancengleich gesundheitliche Dienstleistungen in Anspruch nehmen können.
Quelle: Die Freiheitsliebe
13. **Regierung in Israel erodiert: An Besatzungspolitik scheiden sich die Geister**
Die Acht-Parteien-Allianz in Israel dürfte kaum über den Herbst kommen. Aber Naftali Bennett und Jair Lapid geben nicht auf – denn jeder Tag ist wichtig
Immer bizarrer wirkt der Überlebenskampf dieser Acht-Parteien-Regierung. Nur wenige Tage nachdem die arabisch-israelische Knesset-Abgeordnete Ghaida Rinawie Zoabi ihren Austritt aus der Koalition verkündet hatte, kehrte sie ins Lager von Premier Naftali Bennett und dem alternierenden Ministerpräsidenten Jair Lapid zurück. Gelder für ein Krankenhaus in ihrer Heimatstadt Nazareth sollen die Politikerin der linksliberalen Meretz-Partei zum Einlenken bewogen haben. Damit verfügt das ideologisch diffuse Rechts-links-Kabinett wieder über 60 der 120 Knesset-Sitze. Die Frage ist nur, wie lange?
Quelle: der Freitag
14. **Zu guter Letzt: „Ich verteidige den Pazifismus – notfalls mit der Waffe in der Hand“**
EU-Kommissionspräsident in spe, Martin Sonneborn, im Interview mit Marcel Malachowski über Sanktionen gegen deutsche Oligarch*innen, den selektiven

Humanismus der Pseudo-Gutmenschen in Kriegszeiten & das Ende der Linkspartei […]
Herr Abgeordneter Sonneborn, in unserem krass&konkret-Interview „Was ist los in diesem Land“ vor der Bundestagswahl prophezeiten Sie, Olaf Scholz aka Schloz könnte der beste Bundeskanzler werden, den die CDU je hatte. Hat er Ihre Erwartungen erfüllt oder sollte er noch einmal ein Fischbrötchen drauflegen, wie wir in Hamburg sagen?
Martin Sonneborn: Eigentlich bin ich mit seiner Zurückhaltung derzeit eher zufrieden. SPD und Grüne sind ja traditionell eine gefährliche Kombination für Frieden und Sozialstaat. […]
Aber peng, die Bundesregierung hatte ja nach der russischen Invasion und wochenlangen „Beratungen“ ein zweites Entlastungspaket für die Reichen und die Wohlhabenden, also den Mittelstand, beschlossen – damit für alle, die nicht von den Preiserhöhungen allerorten betroffen sind … Wäre denn aber nicht ein Entlastungspaket wichtig gewesen für die Menschen, die nicht wohlhabend sind und die von der Mega-Inflation nach der Pandemie betroffen sind?
Martin Sonneborn: Ja. Klar. Schreibt aber niemand. Redet nicht mal jemand drüber …
… außer wir jetzt … krass & konkret …
Martin Sonneborn: … und in Spanien und Portugal deckelt übrigens die Regierung die Energiepreise und lässt die Energieerzeuger die Kosten aus ihren exorbitanten Gewinnen tragen. Es geht auch anders.
Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine ist ja viel von Sanktionen gegen Oligarchen die Rede … aber warum fehlen eigentlich deutsche Oligarchen und auch *innen wie BMW-Erbin Susanne Klatt auf der geschlechtergerechten Liste? Oder würden Sie sagen, der eine Reichtum ist unverdächtiger als der andere, nur weil er westlich der Oder erbeutet wurde?
Martin Sonneborn: Reichtum ist immer verdächtig. Und wir sollten nicht vergessen, dass oligarchische Strukturen eine westliche Erfindung sind, als Folge kapitalistischen Wirtschaftens eigentlich unausweichlich. Wir sollten also die Sanktionen nicht auf Russen begrenzen. Was ist mit Gates, Zuckerberg und diesem Tesla-Spinner, der das Berliner Grundwasser kapert? Was ist mit den ukrainischen und den übrigen US-amerikanischen Oligarchen?
Quelle: Krass & Konkret